in mehr als 10 % der Fälle (ortsübergreifend) dokumentiert ist, das Vorhandensein von infrastrukturellen Kooperationen glaubhaft versichert wird und das RLV der üBAG im Referenzquartal überschritten wird. Die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung sind bei der Kl. indes nicht erfüllt.

<https://doi.org/10.1007/s00350-021-6024-6>

Anmerkung zu LSG Bad.-Württ., Urt. v. 28. 10. 2020 – L 5 KA 3935/18 (SG Stuttgart)

Bernd Zwingel

1. Es entspricht der allgemeinen Erfahrung, dass vertragsärztliche Kooperationen vermehrt gegründet werden, wenn hiermit Honorarvergünstigungen verbunden sind. Auch ist es nicht von der Hand zu weisen, dass ein überörtlicher Zusammenschluss mehrerer räumlich verstreuter Einzelpraxen nicht per se zu einer Verbesserung für die Patientenversorgung führen muss. Wie so oft kommt es auch hier auf den konkreten Einzelfall an. Akzeptiert man die im Gesetz angelegte Prämisse, dass Ärztek Kooperationen strukturell in Relation zu Einzelpraxen förderungswürdig sind (schon hierüber könnte man lange diskutieren), ist der zweite Schritt, der hier gegangen wurde, zumindest konsequent, indem man bei üBAGs standortbezogen das Leistungsgeschehen danach unterscheidet, ob die Strukturen mit einer BAG oder mit einer Einzelpraxis vergleichbar sind. Eine üBAG wird dann je nach Struktur teilweise wie eine (örtliche) BAG und teilweise wie eine Einzelpraxis vergütet. Ob diese rein räumlich-gegenständliche Betrachtungsweise angesichts des technischen Fortschritts (Digitalisierung, Vernetzung, etc.) perspektivisch haltbar ist, war aus Sicht des LSG nicht entscheidungserheblich.

Allerdings hat der Gesetzgeber in § 87b Abs. 4 S. 2 u. 3 SGB V dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung aufgegeben, bundeseinheitliche (Rahmen-) Vorgaben u. a. für kooperationsbedingte Vergütungszuschläge zu machen. Bemerkenswert an dieser Regelung ist ihre explizite Unverbindlichkeit, was im vorliegenden Verfahren von der Klägerseite problematisiert, von der Rechtsprechung¹ aber akzeptiert und das Bestehen eines weiträumigen Gestaltungsspielraums für solche Regelungen festgestellt wurde.

2. Kritisch zu sehen ist die strenge Sichtweise des LSG bezüglich des gesonderten Widerspruchserfordernisses. Letztendlich argumentiert das LSG hier dahingehend, dass das Thema „BAG-Zuschlag“ im Rahmen der Zuweisung verbeschieden und deshalb nur im Rechtsbehelfsverfahren gegen die Zuweisung überprüft werden kann, obwohl im Zeitpunkt der Widerspruchseinlegung gegen den Honorarbescheid der Zuweisungsbescheid mangels Rechtsbehelfsbelehrung wohl noch nicht bestandskräftig war und die KV erklärt hat, Elemente der Zuweisung zum Gegenstand des Widerspruchsverfahrens gegen den Honorarbescheid zu machen, was das BSG in vergleichbaren Konstellationen ohne weiteres als ausreichend akzeptiert². Auch wird der vom BSG in ähnlicher Situation bejahte Vertrauensschutzaspekt³, der eigentlich auf der Hand liegt, nicht weiter vertieft.

1) BSG, Urt. v. 17. 3. 2021 – B 6 KA 32/19 R.

2) BSG, Urt. v. 2. 8. 2017 – B 6 KA 7/17 R –; BSG, Urt. v. 25. 11. 2020 – B 6 KA 31/19 R.

3) BSG, MedR 2013, 331–334.

Rechtsanwalt Bernd Zwingel,
Preißler Ohlmann & Partner mbB,
Alexanderstraße 26, 90762 Fürth, Deutschland

Quartalsversetzte Festsetzung einer Umbuchung in einem Honorarbescheid als Verwaltungsakt

SGB V i. d. F. v. 1. 1. 2012 §§ 106 Abs. 2, Abs. 5, Abs. 5c S. 4; 87b Abs. 1; SGB X § 31 S. 1

Die Festsetzung einer „Umbuchung Überzahlung“ in einem Honorarbescheid auf das nächste Quartal, mit der das Leistungs- bzw. Zahlungsverhältnis abgeschlossen wird, ist, anders als bei der Einstellung einer einzelnen Rechnungsposition, ein Verwaltungsakt. Es wird verbindlich festgestellt, ob insgesamt noch Zahlungsansprüche oder Überzahlungen bestehen.

SG Marburg, Gerichtsbescheid v. 4. 1. 2021 – S 12 KA 465/15

Problemstellung: Für Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind die Prüfungsgremien der Gemeinsamen Selbstverwaltung zuständig. Werden Regresse festgesetzt, verrechnen die KÄven diese gemäß § 106 Abs. 5c S. 2 SGB (i. d. F. v. 22. 12. 2011) mit den Honoraransprüchen des Arztes und weisen die Regressbeträge in den Honorarbescheiden aus.

Das SG Marburg hatte zu klären, ob die Feststellung eines Gesamtsaldos auf dem Kontoauszug eines Honorarbescheids, als Realakt oder als Verwaltungsakt einzuordnen ist.

Der Kl. hatte sich gegen den Kontoauszug innerhalb der Widerspruchsfrist gewehrt und zur Begründung ausgeführt, dass einzelne Buchungspositionen aus Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren zu Unrecht erfolgt seien.

Im Ergebnis kam die Kammer zu dem Ergebnis, dass ein Verwaltungsakt vorliegt, da mit der Feststellung „Umbuchung Überzahlung auf 4/13“ gegenüber dem Kl. mit unmittelbarer Rechtswirkung nach außen eine Rechtsfolge gesetzt worden ist, indem festgestellt wird, ob insgesamt noch ein Zahlungsanspruch oder Überzahlungen bestehen. Die Feststellung des Gesamtsaldos, mit dem gerade festgestellt wird, ob der Arzt noch Zahlungen zu erwarten hat oder selbige tätigen muss, ist zu unterscheiden von einzelnen Rechnungspositionen, die aufgrund von Regressbescheiden eingebucht werden und isoliert als Realakte anzusehen sind.

Babette Christophers

Zum Sachverhalt: Die Beteiligten streiten um den Kontoauszug für das Quartal III/13 und hierbei insb. um die Frage, ob die Bekl. berechtigt war, nach einem Bescheid des Beschwerdeausschusses die festgesetzte Forderung mit Honorarzahllungen aufzurechnen.

Der Kl. ist seit 16. 4. 1984 als Facharzt für Allgemeinmedizin zur vertragsärztlichen Versorgung mit Praxisstz in A-Stadt zugelassen. [...]

Die Bekl. teilte dem Kl. mit Schreiben v. 11. 11. 2013 mit, auf Basis des Bescheids der Prüfungsstelle der Ärzte und Krankenkassen v. 4. 11. 2010 sei das Honorarvolumen in den Quartalen II bis IV/06 in Höhe von insgesamt 11.337,15 € zu reduzieren. Damit werde sie das Honorarkonto für das Quartal III/13 belasten.

Gegen den Kontoauszug für das Quartal III/13 v. 12. 2. 2014 legte der Kl. mit Schreiben v. 5. 3. 2014 Widerspruch ein. Er trug vor, die Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren für 2006 seien nicht plausibel, ihm fehlten die Unterlagen. Er lege deshalb Widerspruch ein, auch für 2007.

Die Bekl. wertete das Schreiben v. 5. 3. 2014 als Widerspruch gegen den Honorarbescheid für das Quartal III/13, als Widerspruch in Bezug auf den Regress aus der Wirtschaftlichkeitsprüfung betreffend die Quartale II/06 bis IV/06 und als Widerspruch in Bezug auf den Regress aus der Wirtschaftlichkeitsprüfung betreffend die Quartale I bis IV/07.

Eingesandt von Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Martin Stellpflug, Berlin; bearbeitet von Rechtsanwältin Babette Christophers LL.M., Fachanwältin für Medizinrecht, Fachanwältin für Sozialrecht, Wirtschaftsmediatorin, Voßgasse 3, 48143 Münster, Deutschland